

PRESSEMITTEILUNG

**SPD
STADTRATSFRAKTION
NÜRNBERG**

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Anlegestelle in Gebersdorf

Aufwertung zur biodiversen Grünfläche soll 2021 erfolgen

Die Gebersdorfer SPD-Stadträtin Katja Strohacker begrüßt es, dass die Verwaltung auf ihren Antrag hin einen Vorschlag zur weiteren Perspektive der Fläche rund um den stillgelegten Bootsanleger in Gebersdorf vorlegt. Dieser soll im SÖR-Ausschuss am Mittwoch beschlossen werden. Der Verwaltungsvorschlag sieht vor, dass der bei Spaziergängern und Radfahrern beliebte Ort als kleine Grünanlage mit Sitzmöglichkeiten geplant und saniert wird. Das vorhandene Gelände muss aus Gründen der Verkehrssicherheit entfernt werden. Erste Skizzen der Verwaltung sehen vor, dass dieses durch naturnahe Wildstaudenbeete parallel zum Wasser ersetzt werden könnte, die nur teilweise einen direkten Zugang ermöglichen. Mit solchen und anderen Maßnahmen könnte auch die Biodiversität und der Biotopverbund entlang des Kanals gestärkt werden. Strohacker findet diese Planungen gut, sieht aber auch einen kleinen Wermutstropfen. Da die Fläche bisher nicht als öffentliche Grünfläche gewidmet war, fiel sie nicht in die Zuständigkeit und Pflege von SÖR und tauchte bisher auch nicht in der Projektliste von SÖR auf. Da die Personalkapazitäten bei SÖR derzeit alle gebunden sind, können die Planungen für die Umgestaltung erst 2020 erfolgen. Die Sanierung selbst soll dann 2021 erfolgen. Die geschätzten 315.000 Euro Gesamtkosten sollen ebenfalls für den Haushalt 2021 angemeldet werden. Bis dahin muss die Fläche aus Verkehrssicherungsgründen gesperrt bleiben, bis zur Sanierung wird es lediglich die für die Sicherheit notwendigen Schnitte und Pflegearbeiten am Grün geben. Nach der Sanierung wird die Grünfläche in den üblichen, regulären Pflegerhythmus von SÖR übergehen. „Im Stadtteil hatten wir uns erhofft, dass die Anlegestelle schneller wieder genutzt werden kann. Die Pläne der Verwaltung sehen wir aber grundsätzlich als mittelfristige Verbesserung und stimmen deshalb am Mittwoch für den Vorschlag der Verwaltung“, so Strohacker abschließend.

Nürnberg, 18. Dezember 2018